

Tagungsbericht: »Kulturelle Hegemonie und Geschlecht als Herausforderung im europäischen Einigungsprozess«

Freie Universität Berlin, 5.–8. Mai 2005

Was bedeutet die Anerkennung kultureller Vielfalt für die Geschlechtergerechtigkeit in Europa? Besteht zwischen diesen beiden Grundsätzen der EU ein Zielkonflikt, weil durch die Kultur ungerechte Geschlechterverhältnisse in den Mitgliedsstaaten zementiert werden? Und was bringt die EU den Frauen, besonders den *neuen* EU-Bürgerinnen der letzten Beitrittsrunde?

Dies ist nur ein Bruchteil der Fragen, denen sich die 45 Teilnehmerinnen stellten. Der Einladung von Brigitte Rauschenbach und Sabine von Oppeln vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin und von Božena Chokij und Dorothea Dornhof von der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina waren renommierte Wissenschaftlerinnen verschiedener geisteswissenschaftlicher Fachrichtungen und Frauenaktivistinnen aus West-, Mittel- und Osteuropa gefolgt. Zu ihnen gehörten u. a. Hana Havelkova (Prag), Vlasta Jalusic (Ljubljana), Larissa Lissjutkina (Moskau), Andrea Pető (Budapest), Rumiana Stoilova (Sofia), Jana Valdrova (Budweis), Sabine Berghahn (Berlin), Teresa Kulawik (Stockholm), Birgit Pfau-Effinger (Hamburg), Susanne Schunter-Kleemann (Bremen), Birgit Sauer (Wien), Brigitte Young (Münster) und Mechthild Veil (Frankfurt/Main).

Ziel der Tagung war eine wissenschaftliche Annäherung an den Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und EU-Integration anhand des analytischen Konzepts der *Kulturellen Hegemonie* von Antonio Gramsci. Es sollte die herrschende kulturelle Hegemonie in den

Geschlechterverhältnissen der EU analysiert werden unter Berücksichtigung der tragenden Elemente von Zwang und Konsens. Des weiteren war eine Vernetzung der Feministinnen des *alten* und des *neuen* Europa beabsichtigt mit dem langfristigen Ziel, eine *Gegenhegemonie* zu entwickeln.

Die Tagung begann mit einer Einführung in vier Bereiche, anhand derer die kulturelle Hegemonie untersucht werden sollte: »Politik«, »Ökonomie und Arbeit«, »Wissenschaft«, sowie »Öffentlichkeit und Medien«. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Diskriminierungserscheinungen zwar in jedem Land vorhanden sind, sich jedoch unterschiedlich äußern. In Westeuropa eher unschwellig vorhanden, treten sie in Mittel- und Osteuropa meist offen zutage. Der zweite Tag widmete sich den Ursprüngen und Veränderungen der zahlreichen Geschlechterkulturen in Europa. Der dritte Tag stand im Zeichen der Wechselwirkung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten: Es wurde der Einfluss der EU auf nationale Geschlechterpolitiken und die Rolle des Europäischen Neoliberalismus für die Geschlechterrealität diskutiert.

Die Ziele der Tagung waren anspruchsvoll und umfassten einen umfangreichen Fragenkatalog. Sie erwiesen sich zum Teil als zu anspruchsvoll. Die Interdisziplinarität, die unterschiedlichen Erfahrungshintergründe und die Vermengung von wissenschaftlichen und politischen Zielen führten zu intensiven Diskussionen, die sich häufig um die Klärung von Begriffen und die Darlegung unterschiedlicher Per-

spektiven drehen. Die Frage nach dem möglichen Widerspruch von kultureller Vielfalt und Geschlechtergleichstellung wurde berührt, aber nicht systematisch verfolgt. So warnten die mittel- und osteuropäischen Teilnehmerinnen zwar wiederholt, die kulturelle Vielfalt diene ihrer Erfahrung nach nur der Diskriminierung und sei somit gefährlich und nicht schützenswert, doch eine klare, wegweisende Antwort auf den Zielkonflikt wurde nicht erarbeitet.

Gleichzeitig ist eines deutlich zutage getreten: Feministinnen des *alten* und des *neuen* Europa beurteilen die Rolle der EU für die Gleichstellung unterschiedlich. Während man im *alten* Europa ihren neoliberalen und neokonservativen Einfluss fürchtet, sehen die *neuen* EU-Bürgerinnen in der EU eine Chance: »Wir haben von unseren neoliberalen Regierungen viel mehr zu befürchten als von der EU, die uns vielmehr als ein sozialistisches Projekt erscheint!«, so Hana Havelkova. Der Beitritt zur EU habe den Frauen zumindest eine Rechtsgrundlage gegeben, die es ihnen erlaube, europäische Standards einzuklagen. Dies sei für die Frauen der Beitrittsländer ein großer Schritt und besonders wertvoll in Anbetracht der Tatsache, dass die konkrete Umsetzung der europäischen Vorgaben häufig nur halbherzig geschehe. Außerdem wies Hana Havelkova auf die für Frauenprojekte in den Beitrittsländern so wichtige Finanzierung durch europäische Fonds hin. Ihre Sicht war jedoch nicht unumstritten. Sabine Berghahn warnte vor einem Demokratieverständnis, das

Feministinnen dazu veranlasst, von der supranationalen Ebene zu erwarten, dass sie bei der eigenen Regierung Regelungen durchsetzt, die im Land selber keine Mehrheit finden. Ihre Kollegin Silke Steinhilber (Berlin) sprach sich wiederum im Angesicht einer häufig mangelhaften Sensibilität für Geschlechterfragen und vorwiegend männlichen Eliten in den Beitrittsländern für eine Strategie aus, die eher auf supranationalen Zwang als auf eine »Bewegung von unten« setzt. Spätestens hier wurde deutlich, dass die Divergenzen nicht nur zwischen *neuen* und *alten* Europäerinnen bestehen. Eine gemeinsame Strategie zur Durchsetzung frauenpolitischer Interessen muss erst noch ausgehandelt werden.

Zum Ende herrschte Einigkeit darüber, dass erst nach weiteren Diskussionen und Ziel gerichteten Workshops eine gemeinsame interdisziplinäre und transnationale Zusammenarbeit realistisch sei. Die nächste Konferenz soll im Frühjahr in Krakau stattfinden. Mit dem zum Motto der Tagung gewordenen, von Marina Calloni (Mailand) eingebrachten Gramsci-Zitat, dem »Pessimismus der Vernunft und dem Optimismus des Willens« will man eine gemeinsame Vision für ein frauenfreundliches Europa erarbeiten. Der Dialog hat gerade erst begonnen.

Weitere Informationen zur Tagung sind bei Brigitte Rauschenbach, Professorin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, zu erhalten. (werausch@zedat.fu-berlin.de)

Lena Ulbricht